

Ragnitz, Joachim

Article

Ostdeutschland: Niedrige Löhne ungerecht?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ragnitz, Joachim (2023) : Ostdeutschland: Niedrige Löhne ungerecht?, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Sciendo, Warsaw, Vol. 103, Iss. 11, pp. 726-, <https://doi.org/10.2478/wd-2023-0200>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/280071>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Ostdeutschland

Niedrige Löhne ungerecht?

Die Tarifverdienste zwischen Ost- und Westdeutschland sind inzwischen weitgehend angeglichen. Da mehr als die Hälfte der Beschäftigten aber nicht von Tarifverträgen erfasst werden, liegen die durchschnittlichen Stundenlöhne in den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) auch heute noch nur bei rund 85 % des westdeutschen Durchschnittslohns. In vielen Branchen der gewerblichen Wirtschaft ist der Ost-West-Unterschied der Stundenlöhne sogar noch deutlich größer und liegt z.B. in den meisten Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes bei rund 25 %. Politik, Medien und Öffentlichkeit empfinden dies häufig als Zeichen einer fortwährenden Benachteiligung der Menschen in Ostdeutschland und sehen politischen Handlungsbedarf. Löhne sind aber nicht nur Einkommensbestandteil, sondern auch Kostenfaktor, und da die Produktivität in Ostdeutschland zumindest im Durchschnitt nur bei 82 % des Westniveaus liegt, könnte eine schnellere Lohnangleichung viele Betriebe überfordern. Dies gilt auch in der Industrie, wo die Arbeitsproduktivität im Schnitt ebenfalls nur bei rund drei Vierteln des Westniveaus liegt. Eine forcierte Anhebung der Lohnsätze über die Produktivität würde deshalb das Risiko von Arbeitsplatzverlusten in bestehenden Betrieben in sich bergen.

Produktivität und Lohnniveau in Ostdeutschland spiegeln in hohem Maße die von Westdeutschland abweichenden strukturellen Charakteristika wider: In Ostdeutschland gibt es kaum Großunternehmen, typische Niedriglohnbranchen sind stärker vertreten als in Westdeutschland, und vielerorts besteht nach wie vor ein Überangebot an Arbeitskräften. Gerade in der Industrie haben zudem viele Unternehmen – nicht zuletzt wegen günstiger Arbeitskosten – ein Geschäftsmodell gewählt, das auf niedrigen Absatzpreisen basiert und höhere Löhne schon deswegen nicht erlaubt. Und schließlich ist Ostdeutschland in weiten Teilen ländlich geprägt, was sich nicht nur im regionalen Branchenmix niederschlägt, sondern auch in den regionalen Lebenshaltungskosten und damit in den Löhnen, zu denen Beschäftigte bereit sind, zu arbeiten. Rechnet man all diese Faktoren heraus, so liegt die „bereinigte Lohnlücke“ nur noch bei etwa 5 Prozentpunkten. Dies kann unbeobachtbare Charakteristika der Beschäftigten widerspiegeln, könnte aber auch Ausdruck einer bestehenden Marktmacht der Arbeitgeber sein, weil die Beschäftigten nur eingeschränkt mobil sind oder aus Furcht

vor Arbeitsplatzverlusten auch bereit sind, ungünstige Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Letzteres gilt aber in vielen westdeutschen Regionen ebenso. Tatsächlich liegen die Stundenlöhne deshalb in einigen Landkreisen Westdeutschlands auch nicht höher als im Osten, so insbesondere in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns 2015 kann als Reaktion der Politik auf eine mögliche Marktmacht der Arbeitgeber gewertet werden.

Da die genannten wirtschaftlichen Strukturmuster in ähnlicher Weise auch das durchschnittliche Produktivitätsniveau in einer Region bestimmen, spricht vieles dafür, hier anzusetzen. Eingriffe in die Lohnfindung sind hingegen nicht zu empfehlen. Auch eine stärkere Tarifbindung der Betriebe, die von vielen als Lösung angesehen wird, lässt sich nicht erzwingen. Kein Unternehmen muss einem Arbeitgeberverband beitreten, und wenn sie es nicht tun, haben sie in aller Regel gute Gründe dafür – etwa, dass Tariflohnabschlüsse sich häufig an den leistungsfähigsten Betrieben einer Branche orientieren und die Besonderheiten weniger produktiver Unternehmen nicht hinreichend beachten. Eine stärkere Verbreitung von Tarifverträgen ließe sich nur erreichen, wenn mittels Öffnungsklauseln und verstärkter (räumlicher und zwischenbetrieblicher) Differenzierung die Heterogenität der Betriebe in höherem Maße berücksichtigt wird. Dann aber dürften sie auch das Ziel verfehlen, zu einer Steigerung des allgemeinen Lohnniveaus beizutragen.

Dennoch muss man nicht befürchten, dass der Lohnrückstand Ostdeutschlands von Dauer sein wird. Das Arbeitskräfteangebot wird sich in Ostdeutschland schon bis zum Jahr 2030 um annähernd 10 % verringern, weil Beschäftigte das Rentenalter erreichen und die nachrückenden Kohorten deutlich schwächer besetzt sind. Auch wenn der Bedarf an Arbeitskräften ebenfalls zurückgehen dürfte, verschärft sich damit die Arbeitskräfteknappheit, und das verbessert die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer:innen gegenüber den Unternehmen. Nicht nur, dass sie deswegen höhere Löhne fordern können; sie sind auch nicht mehr so sehr wie in der Vergangenheit darauf angewiesen, einen angebotenen Arbeitsplatz mangels Alternativen annehmen zu müssen. Die Kehrseite dessen darf man auch nicht verschweigen: Steigende Löhne werden manche Betriebe aus dem Markt drängen. Sorgen muss man sich deshalb aber nicht machen, denn damit werden die Arbeitskräfte freigesetzt, die anderswo dringender gebraucht werden und einen höheren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisten können. Nach langer Zeit könnten sich insoweit künftig in Ostdeutschland auch einmal die positiven Seiten des Strukturwandels zeigen.

© Der/die Autor:in 2023. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.